Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Katja Keul, Tom Koenigs, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7738 –

Haltung der Bundesregierung bezüglich des Exports von „Dual-use-Gütern“ im Bereich der Technologie zur Störung von Telekommunikationsdiensten sowie Techniken zur Überwachung und Unterbrechung des Internetverkehrs durch deutsche Firmen

Vorbemerkung der Fragesteller

Angesichts der demokratischen Proteste im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings wurde immer wieder berichtet, dass soziale Netzwerke, Blogs und Microbloggingdienste, über die sich demokratischer Protest organisiert und vernetzt, von staatlicher Seite überwacht und mit dem Ziel manipuliert wurden, Oppositionelle zu verfolgen und demokratischen Protest zu unterbinden. Damit sich oppositionelle Kräfte nicht weiter vernetzen konnten, versuchten die Führungen einzelner Staaten zeitweise gar, die komplette Kommunikationsstruktur ihrer Länder vom Internet abzutrennen, was im Falle Ägyptens auch kurzfristig gelang. Bereits bei den iranischen Protesten im Jahr 2009 war deutlich geworden, wie weit derartige Technik die politische Opposition behindern und ihre Vertreterinnen und Vertreter der Verfolgung aussetzen kann.

Die Demokratisierungswelle, die die Länder des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas vor einigen Monaten erfasst hat, hat auch die Debatte um die demokratiefördernde Wirkung des Internets neu befeuert. Im Zuge dieser Debatte sind auch deutsche Unternehmen, die Technik liefern, die dazu beitragen kann, Kommunikation via Mobilfunk, E-Mail, in sozialen Netzwerken und in Blogs zu manipulieren oder gar ganz verstummen zu lassen, wieder verstärkt in den öffentlichen Fokus gerückt. Hierzu tragen insbesondere Überwachungstechniken bei, die auf der Infrastrukturebene direkt Inhalte von Datenströmen durchsuchen, filtern und manipulieren können. Teilweise wird dies durch Techniken zum „Verkehrsmanagement“ ermöglicht, etwa durch Inspektion der Paketkopfdaten der Internetkommunikation, bis hin zur sogenannten Deep-Packet-Inspection, zur Inhaltsdurchleuchtung und -manipulation.

Bereits am 12. März 2011 dieses Jahres legte die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ anlässlich des „Welttags gegen Internetzensur“ ihren jährlichen Bericht vor, in dem sie die „Feinde des Internets“ auflistet. Kurze Zeit später legte die „OpenNet-Initiative“ ebenfalls einen Bericht vor, in dem Verwicklungen westlicher Firmen bei Zensurbestrebungen autoritärer Systeme aufgezeigt wurden. In ihrer Untersuchung kommen die Autoren der Studie zu fol-

gendem Schluss: „Mindestens neun Staaten im Mittleren Osten und Nordafrika nutzen westliche Filtersysteme, um den Nutzern Zugriff auf Onlineinhalte zu verwehren.“ Ebenso sprach die „tageszeitung“ in einem Artikel vom 1. April 2011 von einem „Exportschlag Zensur“ und listete einige Unternehmen auf, die entsprechende Techniken lieferten. In dem Artikel heißt es unter anderem: „Westliche Regierungen haben offenbar kein großes Problem mit dem Zensur-Export.“ Bereits im Juni 2009 berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ unter dem Titel „Überwachung made in Germany“ über die Verwicklungen deutscher Unternehmen in die Ausfuhr entsprechender Techniken.

Das Europäische Parlament hat am 27. September 2011 Änderungen zu den neuen Regeln für die Ausfuhr von Gütern mit doppeltem – zivilem und militärischem – Verwendungszweck (sogenannte Dual-use-Güter) angenommen und sich dafür ausgesprochen, die Exportregeln für Überwachungstechnik, vor allem die Ausfuhr sogenannter Dual-use-Güter betreffend, verschärfen zu wollen. Der Export von Hard- und Software zur Telekommunikationsüberwachung soll künftig nicht mehr allgemein genehmigt werden, wenn sie Menschenrechte, demokratische Prinzipien oder die Redefreiheit verletzen könnten, insbesondere wurde ein Verweis auf die problematische Nutzung von Lawful Interception Gateways und Monitoring Centres in die Verordnung mit aufgenommen. Das Europäische Parlament und der Rat stimmten darin überein, dass es zukünftig eines sicheren Systems für Mitteilungen bedürfe und auch jene Fälle berücksichtigt werden müssen, in denen Ausfuhrgenehmigungen verweigert wurden. Das Europäische Parlament soll regelmäßig über das Funktionieren dieses Informationssystems informiert werden. Darüber hinaus fordern die EU-Parlamentarier jährlich einen Bericht, um die Transparenz der Ausfuhrkontrollregelung zu verbessern.

Auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung haben immer wieder die Bedeutung von modernen Kommunikationsmedien für demokratische Veränderungen in unserer Welt betont. Nun berichtet „SPIEGEL ONLINE“ am 6. November 2011, dass die Bundesregierung in einem Schreiben an die Europäische Kommission vom 27. Oktober 2011 bezüglich der Ausfuhr von „Dual-use-Gütern“ vor allem die Interessen der deutschen Wirtschaft betont. So wird eine Stelle eines Konsultationsbeitrags der deutschen Bundesregierung an die Europäische Kommission zitiert, in der die Bundesregierung darum bittet, dass zukünftig sowohl „außen- und sicherheitspolitische Interessen“ als auch „die Interessen der Wirtschaft“ demnach „ausgewogen Berücksichtigung finden“ sollen. In dem 21-seitigen Schreiben werden die „Menschenrechte“ nicht ein einziges Mal erwähnt, obwohl die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und andere Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung öffentlich immer wieder die jüngsten Demokratiebestrebungen gelobt und den „wertegeleiteten“ Charakter der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik betont haben.

In ihrer Stellungnahme zum Grünbuch der Europäischen Kommission zum EU-Ausfuhrkontrollsystem von „Dual-use-Gütern“ vom 27. Oktober 2011 legt die Bundesregierung einen einseitigen Schwerpunkt auf Wirtschaftsinteressen. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands scheinen der Bundesregierung wichtiger zu sein als menschenrechtliche Bedenken. So ist in der Stellungnahme die Rede davon, dass Bemühungen, die Proliferation zu begrenzen, den legalen Handel nicht unangemessen erschweren oder verhindern sollen.

1. Inwiefern fallen nach Ansicht der Bundesregierung die sogenannten Dual-use-Güter unter die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000?

Die „politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 gelten entsprechend für die Ausfuhr von Dual-use-Gütern mit militärischer Endverwendung.

2. Inwiefern hält die Bundesregierung den Umstand, dass die Ausfuhr von Technologie zur Störung von Telekommunikationsdiensten sowie Techniken zur Überwachung und Unterbrechung des Internetverkehrs bislang nicht von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 428/2009 des Rates vom 5. Mai 2009 über eine Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung und der Durchfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (EG-Dual-use-Verordnung) erfasst war, angesichts der Erfahrungen der letzten Monate noch für zeitgemäß, oder wird sich die Bundesregierung für eine grundlegende Reform der entsprechenden Bestimmungen mit dem Ziel, diese Technologie ebenfalls mit aufzunehmen, auch auf europäischer Ebene, einsetzen?

Die in Deutschland geltenden Güterlisten für die Ausfuhrkontrolle von Dual-use-Gütern werden hauptsächlich in den Internationalen Exportkontrollregimen verhandelt und beschlossen, deren Umsetzung in unmittelbar geltendes Recht durch die Europäische Union in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 428/2009 erfolgt. Wirksame Maßnahmen zur Anpassung an politische und technische Entwicklungen müssen daher vorrangig auf internationaler Ebene getroffen werden. Die Bundesregierung wirkt insbesondere im Rahmen des Wassenaar Arrangements aktiv an den Verhandlungen mit und wird sich mit den internationalen Partnern zu weiteren Möglichkeiten der Exportkontrolle von Überwachungstechnik abstimmen.

3. Wie begründet die Bundesregierung ihre in der Stellungnahme an die Europäische Kommission vom 27. Oktober 2011 zum Ausdruck gekommene Haltung, dass auch eine gewaltsame Unterdrückung von legitimen Demokratiebewegungen in Regionen zugunsten von Wirtschaftsinteressen hingenommen werden kann?
4. Wie rechtfertigt die Bundesregierung, dass deutschen Firmen der Export rüstungsrelevanter Güter mit doppeltem Verwendungszweck, sogenannter Dual-use-Güter, erleichtert werden soll?
5. In welchen Gremien, und auf welche Weise setzt sich die Bundesregierung derzeit dafür ein, deutschen Firmen den Export sogenannter Dual-use-Güter zu erleichtern?

Die Bundesregierung hat mit Schreiben vom 27. Oktober 2011 zum Grünbuch der Europäischen Kommission zum EU-Ausfuhrkontrollsystem von Dual-use-Gütern Stellung genommen. Das Grünbuch zielt darauf ab, eine breite öffentliche Diskussion zur Funktionsweise des derzeitigen EU-Systems zur Ausfuhrkontrolle von Dual-use-Gütern und zu potenziellen Reformfeldern einzuleiten. Die Bundesregierung spricht sich in ihrer Stellungnahme weder für die Erleichterung von Exporten rüstungsrelevanter Güter aus, noch hat sie hiermit entsprechende Vorschläge vorgelegt, die derzeit in Gremien beraten werden. Vielmehr begrüßt sie ausdrücklich das Bestreben der Europäischen Kommission, die Effizienz und Wirksamkeit des europäischen Ausfuhrkontrollsystems für Dual-use-Güter zu optimieren und unterstützt weitergehende Harmonisierungsbestrebungen, die diesem Zweck dienen.

Die Bundesregierung bringt in ihrer Stellungnahme nicht zum Ausdruck, dass eine gewaltsame Unterdrückung von legitimen Demokratiebewegungen in Regionen zu Gunsten von Wirtschaftsinteressen hingenommen werden kann.

Die Europäische Kommission wird nach Auswertung aller eingegangenen Stellungnahmen zum Grünbuch in einem nächsten Schritt konkrete Reformvorschläge ausarbeiten, die erst dann in den zuständigen Gremien beraten werden.

6. Unterstützt die Bundesregierung in irgendeiner Form, zum Beispiel durch die Gewährung von Hermes-Bürgschaften, den Export derartiger Überwachungstechnologien?

Die Bundesregierung übernimmt auch Exportkreditgarantien zur Absicherung der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen aus dem Bereich der Telekommunikationstechnik. Bei ausfuhrgenehmigungspflichtigen Exporten setzt eine Hermesdeckung das Vorliegen einer Ausfuhrgenehmigung voraus.

7. Welche Länder subsumiert die Bundesregierung unter dem Begriff „Gestaltungsmächte“, zählen dazu auch Länder, wie das autokratisch geführte Saudi-Arabien, und nach welchen Kriterien ordnet die Bundesregierung diese Länder zur Kategorie „Gestaltungsmächte“?

Die Bundesregierung erarbeitet zurzeit ein ressortabgestimmtes Konzept für die Zusammenarbeit mit aufstrebenden Mächten zur Gestaltung deutscher Globalisierungspolitik. Aus diesem Grunde können noch keine Angaben zur Fragestellung gemacht werden.

8. Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung im Hinblick auf den Export der genannten Überwachungstechnologien etwa auch an Saudi-Arabien, obgleich es sich bei Saudi-Arabien grundsätzlich nicht um einen rechtsstaatlichen und demokratischen Staat handelt und seine Einflussnahme auf die Länder des „Arabischen Frühlings“ als äußerst kritisch angesehen werden muss?

Die Bundesregierung beachtet den „Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“, die entsprechend auch für den Export von Dual-use-Gütern gelten. Danach werden Exportgenehmigungen bei dem hinreichenden Verdacht des Missbrauchs zur internen Repression oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen grundsätzlich nicht erteilt.

9. Wie verhält sich der Inhalt der Stellungnahme der Bundesregierung vom 27. Oktober 2011 zu den Äußerungen von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die auf der Münchner Sicherheitskonferenz noch die demokratiefördernde Wirkung von Microbloggingdiensten lobte und wörtlich sagte, dass es auch der Verdienst der Bundesregierung sei, „dass man Facebook und Twitter überall auf der Welt hat, dass es zunehmend schwer wird, das zu sperren, ob es in China ist, in Ägypten, in Tunesien oder sonstwo auf der Welt“?

Zwischen der Stellungnahme vom 27. Oktober 2011 und den in der Frage zitierten Äußerungen aus der Rede der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 5. Februar 2011 besteht kein Widerspruch. Es wird auf die Antwort zu den Fragen 3, 4 und 5 verwiesen.

10. Inwiefern hält die Bundesregierung den Inhalt ihrer Stellungnahme vom 27. Oktober 2011 und die Formulierungen des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und FDP für vereinbar, in denen das Internet als „das freieste Informations- und Kommunikationsforum der Welt“ bezeichnet wird und es weiter heißt, dass „die Gedanken- und Meinungsfreiheit zu den unveräußerlichen Prinzipien der schwarz-gelben Menschenrechtspolitik“ gehöre?

Der Inhalt der Stellungnahme vom 27. Oktober 2011 widerspricht nicht den Aussagen des Koalitionsvertrages. Auf die Antwort zu den Fragen 3, 4 und 5 wird verwiesen.

11. Inwieweit teilt die Bundesregierung noch immer die Auffassung der Fragesteller, dass es zum Selbstverständnis einer jeden Demokratie gehören sollte, die Freiheit des Internets zu fördern, statt sie zu beschneiden und jedes repressive Vorgehen gegen die freie Meinungsäußerung und demokratischen Protest – auch im Internet – zu verurteilen und letztlich auch zu ahnden?

Die Bundesregierung setzt sich für Netzneutralität und den freien Zugang zu Informationen, auch im Internet, ein. Ein repressives Vorgehen zur Verhinderung der freien Meinungsäußerung und des demokratischen Protests ist nach Auffassung der Bundesregierung mit diesem Ziel nicht vereinbar.

12. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass eine Zensur und eine anlass- und verdachtsunabhängige Überwachung von Internet und Mobilfunk und eine damit einhergehende Verhinderung demokratischen Protestes nicht mit Artikel 18, Artikel 19 und Artikel 20 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den darin verankerten Prinzipien der Presse- und Meinungsfreiheit zu vereinbaren ist, insbesondere in Hinblick auf den Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009, laut dem „Gedanken- und Meinungsfreiheit [...] unveräußerliche Prinzipien“ der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung sind?

Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beinhaltet die Informationsfreiheit in einem umfassenden Sinn sowie die Freiheit, eine Meinung zu haben und zu äußern (BVerfGE 27, 71, 82). Dies entspricht der Auffassung der Bundesregierung, wonach die Meinungsfreiheit unveräußerliches Prinzip der Menschenrechtspolitik ist. Maßnahmen, die die Verhinderung demokratischen Protests bezwecken, hält die Bundesregierung für damit unvereinbar.

13. Inwieweit ergibt sich nach Auffassung der Bundesregierung aus den Artikeln 11 und 12 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, in denen die Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit sowie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit garantiert wird, die normative und politische Pflicht, diese Freiheiten nicht nur innerhalb der EU, sondern auch im staatlichen Handeln in den auswärtigen Beziehungen anzuwenden, und inwieweit leitet sie aus diesen Artikeln eine Verpflichtung ab, solche Akteure weder direkt noch indirekt zu unterstützen, die die in den genannten Artikeln verankerten Prinzipien und Werte verletzen?

Der Anwendungsbereich der Grundrechtecharta der EU ist in Artikel 51 der Charta abschließend festgelegt. Danach gilt die Grundrechtecharta für die Organe und Einrichtungen der Europäischen Union sowie deren sonstige Stellen. Für die Mitgliedstaaten gilt die Charta ausschließlich bei der Durchführung des Rechts der Europäischen Union. Bei staatlichem Handeln der Bundesrepublik Deutschland in den auswärtigen Beziehungen findet deshalb die Grundrechtecharta – da außerhalb der Durchführung von Unionsrecht – keine Anwendung.

Unabhängig von dieser europarechtlichen Bewertung stellen aber Meinungs- und Informationsfreiheit sowie Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zentrale Werte bei der Ausgestaltung der auswärtigen Beziehungen dar, welche die Bundesregierung mit Nachdruck verfolgt.

14. Teilt die Bundesregierung noch immer die Auffassung der Fragesteller, dass die internationale Staatengemeinschaft in der Verantwortung steht, Sanktionsmechanismen zu erarbeiten, die eine derartige Zensur des Internets und eine Verhinderung demokratischen Protestes ächten?

Die Bundesregierung ist in der Tat der Auffassung, dass die internationale Staatengemeinschaft in der Verantwortung steht, eine Zensur des Internets und eine

Verhinderung demokratischen Protestes zu bekämpfen, und dass dieses Ziel auch bei der Konzeption und Implementierung von internationalen Sanktionsregimen ein wichtiger Gesichtspunkt sein muss.

15. Ist der Bundesregierung bekannt, dass auf der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments am 27. Oktober 2011 bekannt gegeben wurde, den mit 50 000 Euro dotierten Sacharow-Preis für geistige Freiheit, einen „Preis für die Verteidigung der Menschenrechte“, fünf Bloggern zu verleihen, die im Zuge des „Arabischen Frühlings“ aus ihren Ländern berichtet hatten?

Welche Auswirkungen hat dies auf die Positionierung der Bundesregierung?

Der Bundesminister des Auswärtigen hat den diesjährigen Preisträgern des Menschenrechtspreises des Europäischen Parlaments, des Sacharow-Preises für geistige Freiheit, seinen Glückwunsch übermittelt und darin auch zum Ausdruck gebracht, dass der demokratische Aufbruch in Nordafrika ein Triumph des Freiheitswillens der Menschen ist. Die Förderung und der Schutz der Menschenrechte sind ein Kernanliegen der deutschen Außenpolitik. Der „Arabische Frühling“ hat die Bundesregierung nochmals darin bestätigt. Dazu gehören auch der Einsatz für Meinungsfreiheit und das Recht auf Zugang zu Informationen, unter anderem mit Hilfe des Internets.

16. Ist der Bundesregierung bekannt, dass US-Außenministerin Hillary Clinton in ihrer am 15. Februar 2011 gehaltenen Grundsatzrede zur Internetfreiheit von einer „globalen Verpflichtung“ zum Schutz der Internetfreiheit gesprochen und an die internationale Staatengemeinschaft appelliert hat, diese zu schützen?

Wenn ja, wie kommt die Bundesregierung dieser Aufforderung nach?

17. Plant die Bundesregierung, vergleichbare Initiativen zur Netzfreiheit, wie die der US-Außenministerin Hillary Clinton zu starten, die zur Unterstützung von Menschenrechtsbewegungen ein Förderprogramm gegen Repression und Zensur aufgelegt hat, das für die Nutzung verschlüsselter Kommunikationstechnologien und den Aufbau eigener Netze erhebliche finanzielle Mittel vorsieht (New York Times vom 12. Juni 2011)?

Wenn ja, wie sollen diese Programme genau ausgestaltet sein?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung setzt sich in allen damit befassten internationalen Gremien für Meinungsfreiheit und freien Zugang zu Informationen, auch im Internet, ein. Sie unterstützt Demokratiebewegungen weltweit im Rahmen ihrer Außenpolitik.

Planungen für Förderprogramme zur Ausrüstung bestimmter Gruppen oder Personen mit Informations- und Kommunikationstechnologien bestehen derzeit nicht. Die Bundesregierung überprüft jedoch kontinuierlich ihr Instrumentarium für die Unterstützung von Menschenrechten und Menschenrechtsverteidigern.

18. Findet im Auswärtigen Amt ein kontinuierliches Monitoring der Nutzung von Zensurinfrastruktur gegen Demokratisierungs- und Menschenrechtsbewegungen statt?

Wenn ja, wie wirken sich die auf diesem Weg gewonnenen Erkenntnisse auf den Export der genannten „Dual-use-Güter“ aus?

Wenn nein, innerhalb welchen Zeitrahmens wird die Bundesregierung ein solches Programm aufsetzen?

Das Auswärtige Amt beobachtet aufmerksam die Entwicklung der Menschenrechte weltweit und insbesondere die Situation der Menschenrechtsverteidiger und deren Möglichkeiten zur freien Meinungsäußerung. Eine spezifische kontinuierliche Überwachung der Nutzung von Zensurinfrastruktur zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung oder des Zugangs zu und Austausch von Informationen durch das Auswärtige Amt findet nicht statt und wird derzeit nicht für erforderlich gehalten.

19. Warum hält die Bundesregierung es angesichts der jüngsten Erfahrungen nicht für notwendig, zu prüfen, inwieweit die deutschen Exportrichtlinien für derartige Techniken zu überarbeiten und angesichts der dramatischen politischen und raschen technologischen Entwicklung einer grundlegenden Überarbeitung zu unterziehen sind?

Die Bundesregierung führt eine verantwortungsbewusste Exportkontrolle durch. Die bestehenden Regelungen haben sich bewährt. Die Bundesregierung beabsichtigt daher keine grundlegende Überarbeitung der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 und des „Gemeinsamen Standpunktes 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“.

Technologische Fortentwicklungen sind durch die regelmäßige Überarbeitung der Gemeinsamen Militärgüterliste der Europäischen Union und der Anhänge zur Verordnung (EG) Nr. 428/2009 Rechnung zu tragen. An den entsprechenden Arbeiten wirkt die Bundesregierung im Rahmen internationaler Gremien aktiv mit. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

20. Inwiefern hält sich die Bundesregierung an die Regelungen des am 23. November 2001 verabschiedeten Übereinkommens über Computerkriminalität des Europarats, insbesondere hinsichtlich des Missbrauchs von Vorrichtungen, die es ausländischen Regierungen erlauben, Straftaten gegen die Vertraulichkeit, Unversehrtheit und Verfügbarkeit von Computerdaten und -systemen zu begehen (Titel 1, Artikel 2 bis 6)?

Deutschland hat die Budapest-Konvention im Jahr 2001 unterzeichnet. Die Umsetzung in nationales Recht erfolgte im Jahr 2007 durch das Einundvierzigste Strafrechtsänderungsgesetz zur Bekämpfung der Computerkriminalität vom 7. August 2007 (BGBl. I S. 1786). Die Konvention wurde dann auf Grundlage des entsprechenden Gesetzes im Jahr 2008 (BGBl. II S. 1242) ratifiziert. Weiterer Umsetzungsbedarf besteht nicht.

21. Ist es zutreffend, dass im Namen des damaligen Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle im März 2011 das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vor einer Plenarabstimmung intervenierte, um das Abstimmungsverhalten der deutschen Abgeordneten im Europaparlament dahingehend zu beeinflussen, dass sie einer Verschärfung der Ausfuhrbestimmung bei „Dual-use-Gütern“ – insbesondere mit Blick auf die vom Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments und dem Ausschuss für den Internationalen Handel geforderte Einführung von strengen Vorabkontrollen – nicht zustimmten (Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. September 2011 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1334/2000 über eine Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck (KOM(2008)0854 – C7-0062/2010 – 2008/0249(COD)), und ist dies die Haltung der Bundesregierung?

Mit dem Standpunkt vom 27. September 2011 (EP-PE_TC1-COD(2008)0249) hat das Europäische Parlament Änderungen der bestehenden Verordnung (EG) Nr. 428/2009 angenommen, die die Schaffung neuer allgemeiner Ausfuhrgenehmigungen der Europäischen Union vorsehen. Bei allgemeinen Genehmigungen handelt es sich um Verfahrenserleichterungen für die Ausfuhr bestimmter Dual-use-Güter für unkritische Zwecke, deren Ausfuhr nach der bestehenden Verordnung (EG) Nr. 428/2009 genehmigungspflichtig ist.

Der im Rahmen der Debatte des Europäischen Parlaments eingebrachte Änderungsantrag Nr. 42 (vgl. EP-Plenarsitzungsdokument Nr. A7-0028/2011) des Berichterstatters des federführenden Ausschusses für den Internationalen Handel (INTA), auf den sich die Frage bezieht, betrifft den Vorschlag zu einer EU-Allgemeingenehmigung für die Ausfuhr von Telekommunikationsgütern zu unkritischen Zwecken (EU 005). Diese Allgemeingenehmigung erfasst keine Güter der Überwachungstechnik. Der Änderungsantrag sieht vor, dass „ein Mitgliedstaat (...) von den Ausführern verlangt, sich vor dem ersten Gebrauch dieser Genehmigung registrieren zu lassen“. Der Änderungsantrag wurde damit begründet, dass diese sogenannte Ex-ante-Registrierung die „Transparenz fördert“. Gegenstand des Änderungsantrages war damit nicht die Verschärfung von Ausfuhrbestimmungen. Auch ist eine Ex-ante-Registrierung nicht geeignet, die Inanspruchnahme von Allgemeingenehmigungen zu kontrollieren. Hierfür stehen andere bewährte Instrumente zur Verfügung (z. B. Betriebs-, Zoll- oder Außenwirtschaftsprüfungen). Hinsichtlich der Einführung einer Ex-ante-Registrierungspflicht hat das federführende Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie auf die damit verbundenen bürokratischen Belastungen, die keinen exportkontrollrechtlichen Mehrwert darstellen, hingewiesen. Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen im Rat unter Verweis auf die seit Jahren bestehende Ex-post-Registrierungspflicht in der Allgemeinen Ausfuhrgenehmigung Nr. EU001 (vgl. Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 428/2009) für eine Wahlmöglichkeit zwischen einer Ex-ante- und einer Ex-post-Registrierung ausgesprochen.

22. Hält die Bundesregierung an den für sie laut ihrer Antwort auf eine parlamentarische Frage vom 1. April 2011 nach wie vor Gültigkeit besitzenden „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 und dem „Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“ als Kriterium für die Ausfuhr entsprechender Güter fest, oder teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass es – auch angesichts des massiven technologischen Fortschritts der vergangenen Jahre und den Erfahrungen der letzten Monate – dringend notwendig ist, die entsprechenden Regelungen grundlegend zu überarbeiten?

Auf die Antworten zu den Fragen 2 und 19 wird verwiesen.

23. Hält die Bundesregierung angesichts der jüngsten Exporte und ihrer Stellungnahme an die Europäische Kommission vom 27. Oktober 2011 an ihrer am 1. April 2011 im Rahmen der Beantwortung einer parlamentarischen Frage getätigten Aussage fest, dass sie gegenüber Drittstaaten „grundsätzlich eine restriktive Rüstungspolitik“ verfolge?

Die Bundesregierung hält an ihrer Aussage fest, dass sie gegenüber Drittstaaten grundsätzlich eine restriktive Rüstungsexportpolitik verfolgt. Dies ist in den Politischen Grundsätzen (III.1) so vorgesehen; diese Grundsätze gelten fort.

24. Inwieweit haben die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000, in denen bestimmt ist, dass Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern bei einem hinreichenden Verdacht des Missbrauchs zur inneren Repression oder zu sonstigen fort-dauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen grundsätzlich nicht erteilt werden, die nach Aussagen der Bundesregierung auch für die Genehmigungserteilung bei „Dual-use-Gütern“ gelten, vor dem Hintergrund der jüngsten Bemühungen der Bundesregierung, entsprechende Regelungen für den Bereich der „Dual-use-Güter“ zu lockern, noch Bestand?

Auf die Antworten zu den Fragen 1, 3, 4, 5 und 8 wird verwiesen.

25. Auf welchen Wegen und in welchen Gremien wird sich die Bundesregierung zukünftig dafür einsetzen, dass Verletzungen gegen die in den universellen Menschenrechten verankerten Prinzipien der Presse- und Meinungsfreiheit geahndet werden?

Die Bundesregierung setzt sich sowohl im Rahmen des Europarates als auch bei den Vereinten Nationen für einen universellen Menschenrechtsschutz ein, der auch die Presse- und Informationsfreiheit umfasst. Die diesbezüglichen Entschlüsse und Empfehlungen werden von der Bundesregierung regelmäßig unterstützt.

26. Wäre es nach Ansicht der Bundesregierung nicht dringend angeraten, die einschlägigen EU-Sanktionsverordnungen, nach denen Güter, die der Repression dienen könnten, nicht in bestimmte Länder ausgeführt werden dürfen, um Technologien zur Störung von Telekommunikationsdiensten sowie Techniken zur Überwachung und Unterbrechung des Internetverkehrs, welche bislang in den Anhängen dieser Verordnungen, in denen die zur internen Repression verwendbaren Ausrüstungen aufgezählt werden, nicht aufgeführt sind, aufzunehmen, und wird sich die Bundesregierung für die Aufnahme einsetzen?

Der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Guido Westerwelle hat zuletzt am 8. November 2011 anlässlich einer Rede bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin deutlich gemacht, dass Sanktionen gegen Regime wie in Syrien vor dem Hintergrund der Unterdrückung der demokratischen Opposition auch neue Formen der Repression wie der Kontrolle des Internets berücksichtigen müssen. Hierbei ist wesentlich, dass Verbote zielgenau formuliert werden. Die Bundesregierung treibt diese Überlegungen zu Sanktionen deshalb aktiv auf EU-Ebene voran.

27. Welche Schlussfolgerung für die Regelung des Exports von Telekommunikationstechnologie hat die Bundesregierung aus dem Eingeständnis der Firma Siemens AG (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 23. Juni 2009 „Überwachung made in Germany“) gezogen, dass ihre Überwachungstechnik von der iranischen Regierung zur Unterdrückung der Opposition eingesetzt wurde und der Export derartiger Technik geläufige Praxis sei, gezogen?

Das auf Pressemeldungen basierte, unterstellte Eingeständnis der Firma Nokia Siemens Networks zu Exporten von Überwachungstechnik, die zur Unterdrückung der Opposition in Iran eingesetzt wurde, kann die Bundesregierung nicht bestätigen. Den Medienberichten war zu entnehmen, dass nicht genehmigungspflichtige Anlagen ohne Überwachungsmöglichkeit für das Internet geliefert worden seien. Ausfuhrgenehmigungen für derartige Überwachungstechnik nach Iran wurden der Firma Nokia Siemens Networks nicht erteilt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 26 verwiesen.

28. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit den Lieferanten von Abhörtechnik an totalitäre Staaten (siehe zitierten Artikel zu Frage 27) zu beenden?

Auf die Antwort zu Frage 27 wird verwiesen.

29. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, auch vor dem Hintergrund der Antworten der Bundesregierung auf eine parlamentarische Frage vom 1. April 2011, über deutsche Firmen, die an der Überwachung und Unterdrückung demokratischer Proteste im Zuge des „Arabischen Frühlings“ beteiligt waren?

Der Bundesregierung liegen zu dem dargestellten Sachverhalt keine eigenen Erkenntnisse vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.

30. Wie gedenkt die Bundesregierung zukünftig sicherzustellen, dass keine deutschen Firmen und Bundesbehörden an Verstößen gegen die in den universellen Menschenrechten verankerten Prinzipien der Presse- und Meinungsfreiheit beteiligt sind?

Der Bundesregierung ist eine Beteiligung von deutschen Unternehmen und Bundesbehörden an Verstößen „gegen die in den universellen Menschenrechten verankerten Prinzipien der Presse- und Meinungsfreiheit“ nicht bekannt. Behörden und Unternehmen sind verpflichtet, geltendes Recht zu beachten. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 14 und 26 verwiesen.

31. Ist der Bundesregierung der am 12. März 2011 von „Reporter ohne Grenzen“ anlässlich des „Welttags gegen Internetzensur“ vorgelegte jährliche Bericht bekannt, in dem diejenigen Staaten, die im vergangenen Jahr Verstöße gegen in den universellen Menschenrechten verankerte Prinzipien der Presse- und Meinungsfreiheit begangen haben, als „Feinde des Internets“ aufgelistet werden?

Wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie aus diesem Bericht?

Der Bericht der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ ist im Internet veröffentlicht. Er wurde der Bundesregierung nicht förmlich übermittelt. Die Bundesregierung hat bislang keine Schlussfolgerungen zu Fragen der Internetzensur sowie zur Nutzung westlicher Technologien für Zwecke der Internetzensur in anderen Staaten gezogen.

32. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Fragesteller, dass, sollte der Eindruck entstehen, sie würde nicht engagiert gegen derartige Verletzungen der in den universellen Menschenrechten verankerten Prinzipien der Presse- und Meinungsfreiheit vorgehen, die Gefahr besteht, dass die Bundesrepublik Deutschland selbst in diese Liste aufgenommen werden könnte?

Da die Bundesregierung engagiert gegen Verletzungen der Presse- und Meinungsfreiheit vorgeht und dies auch nach außen deutlich macht, besteht die von den Fragestellern befürchtete Gefahr nicht.

33. Ist der Bundesregierung der ebenfalls im März 2011 von der OpenNet-Initiative herausgegebene Bericht bekannt, in dem die Verfasser Verwicklungen westlicher Firmen bei derartigen Zensurbestrebungen autoritärer und totalitärer Systeme aufgezeigt haben?

Wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesem Bericht?

Der Bericht der Opennet-Initiative e. V. ist im Internet veröffentlicht. Er wurde der Bundesregierung nicht förmlich übermittelt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 31 verwiesen.

34. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass die Firma DigiTask GmbH entsprechende technische Lösungen in autoritäre und totalitäre Staaten exportiert hat?

Wenn ja, welche, und hat die Bundesregierung bereits Versuche unternommen, die Ausfuhr derartiger Technik durch die Firma DigiTask GmbH an autoritäre oder totalitäre Staaten zu unterbinden?

Die Bundesregierung verfügt über Informationen über die für den Export von ausfuhrgenehmigungspflichtigen Gütern erteilten Ausfuhrgenehmigungen, jedoch nicht über die tatsächlich exportierten Güter. Ausfuhrgenehmigungen wurden von der DigiTask GmbH nicht beantragt.

35. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Zusammenarbeit der Münchner Firma trovicor GmbH vor, die entsprechende Technik (u. a. ein sogenanntes Communication Monitoring System, mit dem man Telefon- und VoIP-Anrufe, E-Mails und SMS abhören, Textinhalte verändern, Stimmen und Worte automatisiert erkennen sowie Laptopwebcams und Mobiltelefonmikrophone aktivieren kann) nach heutigem Kenntnisstand in mindestens zwölf Länder im Mittleren Osten und Nordafrika verkauft hat, unter anderem an Ägypten, Syrien, Yemen und Bahrain, und hat die Bundesregierung bereits Versuche unternommen, die Ausfuhr derartiger Technik durch die Firma trovicor GmbH an autoritäre oder totalitäre Staaten zu unterbinden?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung verfügt über Informationen über die für den Export von genehmigungspflichtigen Gütern erteilten Ausfuhrgenehmigungen, jedoch nicht über Erkenntnisse zu Verkäufen derartiger Technik der Firma trovicor GmbH an andere Staaten. Entsprechende Ausfuhrgenehmigungen wurden von diesem Unternehmen nicht beantragt.

36. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Zusammenarbeit des deutschen Unternehmens Utimaco Safeware AG vor, das offenbar Überwachungstechnologie über Italien nach Syrien geliefert hat, welche eine Real-Time-Überwachung der Kommunikation und ein graphisches Mapping der Netzwerke erlaubt und laut einem Fachmann „maßgeschneidert für Repression“ sei, und hat die Bundesregierung bereits Versuche unternommen, die Ausfuhr derartiger Technik durch die Firma Utimaco Safeware AG an autoritäre oder totalitäre Staaten zu unterbinden?

Wenn ja, welche?

Die Bundesregierung verfügt über Informationen über die für den Export von genehmigungspflichtigen Gütern erteilten Ausfuhrgenehmigungen, jedoch nicht über Erkenntnisse zu der in der Frage dargestellten Zusammenarbeit der Firma Utimaco Safeware AG mit einem italienischen Unternehmen. Ausfuhrgenehmigungsanträge des genannten Unternehmens für Syrien gab es nicht.

37. Haben auch deutsche Regierungsvertreter an der am 21. Februar 2011 in Dubai stattgefundenen „ISS-World Middle East and Africa“-Konferenz teilgenommen, bei der Repräsentanten auch deutscher Firmen mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern von Polizei- und Geheimdienstkräften aus Nordafrika und Nahost zusammenkamen, um sich über neueste Entwicklungen derartiger Überwachungstechniken auszutauschen?

Der Bundesnachrichtendienst (BND) erhebt gemäß § 1 Absatz 2 Satz 1 des BND-Gesetzes Informationen von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung über das Ausland. Eine schriftliche Antwort der Bundesregierung auf diese und die folgenden Fragen würde spezifische Informationen zur Tätigkeit, insbesondere zur nachrichtendienstlichen Methodik des BND, einem nicht eingrenzba- ren Personenkreis – auch der Bundesrepublik Deutschland möglicherweise gegnerisch gesinnten Kräfte – nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland, zugänglich machen. Dabei könnte die Gefahr entstehen, dass seine operative Fähigkeiten und Methoden aufgeklärt würden. Nicht zuletzt zum Schutz der Arbeitsfähigkeit und der Aufgabenerfüllung des BND – und damit zum Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland – muss dies verhindert werden.

Daher muss bei der Beantwortung dieser Anfrage eine Abwägung der verfas- sungsrechtlich garantierten Informationsrechte des Deutschen Bundestages und seiner Abgeordneten einerseits mit den dargestellten negativen Folgen für die künftige Arbeitsfähigkeit und Aufgabenerfüllung des BND sowie der daraus resultierenden Beeinträchtigung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutsch- land und der Gefährdung für die Mitarbeiter des BND andererseits erfolgen. Bezogen auf die vorliegende Frage führt die gebotene Abwägung zum Vorrang der Geheimhaltungsinteressen. Zur Wahrung der Informationsrechte der Abge- ordneten hat die Bundesregierung deshalb eine ergänzende, als „GEHEIM“- eingestufte Antwort in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages zur Einsichtnahme durch entsprechend berechnigte Personen gemäß den Geheim- schutzvorschriften hinterlegt.

38. Ist der Bundesregierung bekannt, dass im Rahmen der Konferenz auch die auf die sogenannte Deep Packet Inspection, einer Methode, die auf das Filtern und Kategorisieren des gesamten Netzwerkverkehrs abzielt und in Kombination mit einer nationalen Firewall, wie sie etwa im Iran oder in China eingesetzt wird, die Kontrolle über die gesamte Kommuni- kation eines landesweiten Netzwerks ermöglicht, spezialisierte Leipziger Firma ipoque GmbH teilgenommen und laut Konferenzprogramm ein „Trainingsseminar“ zum Thema effiziente „Überwachung des Internet- verkehrs“ abgehalten hat?

Wenn ja, hat die Bundesregierung bereits Versuche unternommen, die Ausfuhr derartiger Technik durch die Firma ipoque GmbH an autoritäre oder totalitäre Staaten zu unterbinden?

39. Ist der Bundesregierung bekannt, dass die deutsche Firma trovicor GmbH im Rahmen der Konferenz öffentlich eine „Geheimdienstlösung für Straf- verfolger“ präsentierte, ein sogenanntes State of the Art Monitoring Center, das ermöglicht, den „aktuellen Herausforderungen in der Über- wachung“ gerecht zu werden?

Wenn ja, hat die Bundesregierung bereits Versuche unternommen, die Ausfuhr derartiger Technik durch die Firma trovicor GmbH an autoritäre oder totalitäre Staaten zu unterbinden?

40. Ist der Bundesregierung bekannt, dass die deutsche Firma Utimaco Safeware AG, deren Firmenmotto „Making the world a safer place“ lautet und die 1993 aus dem Siemens-AG-Konzern ausgelagert wurde und mittlerweile zur Sophos-Ltd.-Gruppe gehört, im Rahmen der Kon-

ferenz ihr „Lawful Interception Management System“ sowie ein technisches Upgrade herkömmlicher Überwachungsmethoden von Telefonnetzen mittels „Deep Packet Inspection“ präsentierte?

Wenn ja, hat die Bundesregierung bereits Versuche unternommen, die Ausfuhr derartiger Technik durch die Firma Utimaco Safeware AG an autoritäre oder totalitäre Staaten zu unterbinden?

41. Ist der Bundesregierung bekannt, dass das Bad Homburger Unternehmen ATIS systems GmbH im Rahmen der Konferenz mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation demonstrierte, wie man Überwachungsprobleme bei Web-2.0-Anwendungen löst, und in diesem Zusammenhang seine sogenannte Klarios-Überwachungssuite vorstellte, welche www-Sessions vollständig überwachen und hierbei explizit Geodaten einbeziehen kann, wodurch Überwacher durch eine Kombination von GPS-Daten mit Geodaten aus dem Mobilfunksystem in die Lage versetzt werden, sowohl ein „genaues Tracking“ zur Überwachung von Einzelpersonen vorzunehmen, als auch ein „bad guy gathering“, also eine Versammlung potentieller Gefährder zu erkennen und sogar sogenannte Hotzone in/out alerts erstellen zu lassen?

Wenn ja, hat die Bundesregierung bereits Versuche unternommen, die Ausfuhr derartiger Technik durch die Firma ATIS systems GmbH an autoritäre oder totalitäre Staaten zu unterbinden?

Auf die Antwort zu Frage 37 wird verwiesen.